

Gebührenzahler leisteten 198 Mio. DM für Kanalinvestitionen. Verwaltung und Oberbürgermeister haben dies „vergessen“!

In der Ratssitzung vom 21.2.06 war OB Dr. Hoffmann überrascht – Die Grünen hatten einen Ratsbeschluss vom 16.12.1997 im Rat bekannt gemacht. Damals wurde die Ausgründung der Abwasserwirtschaft in eine Sonderrechnung beschlossen. Ziel der Transaktion war die Sanierung des Haushaltes. Konkret: Die Stadt ließ ein Gutachten erstellen, in dem eine Aufstellung aller Investitionen aus städtischen Mitteln für die Abwasserwirtschaft gemacht wurde.

Die Gutachter stellten fest: 172 Mio. DM habe die Stadt nachweislich für die Kanalnetze investiert, diese Summe könne rechtmäßig von den Gebührenzahlern als Rückzahlung in den städtischen Haushalt verlangt werden.

Diese Summe war der Verwaltung und dem Rat als Beitrag zur Haushaltssanierung zu gering. Der Gutachter schreibt, dass auf ausdrückliches Verlangen der Verwaltung 198 Mio. DM den Gebührenzahlern als Kreditschuld gegenüber der Stadt in die Eröffnungsbilanz geschrieben werden mussten. Die Gebührenzahler wurden damals schon mit 26 Mio. DM höher belastet, als vom Gutachter für vertretbar gehalten.

In der Ratssitzung war Herr Dr. Hoffmann verunsichert. Den Ratsbeschluss von 1997 habe er und die Verwaltung „vergessen“.

Im Interesse aller Gebührenzahler sollte der Oberbürgermeister die Öffentlichkeit zu folgenden Punkten aufklären:

Seit 1998 hat die Stadt jährlich 18 Mio. DM aus dem Gebührenhaushalt entnommen mit der Begründung, die Bürger müssten der Stadt die Investitionen in die Kanäle zurückzahlen.

- Warum wurde dieser von den Gebührenzahlern zu zahlende Kredit in Höhe von 198 Mio. DM vergessen?
- Wie konnten jährlich 18 Mio. DM als Einnahme im Haushalt verbucht werden und vom Oberbürgermeister mit seiner Zuständigkeit für den Fachbereich Finanzen „vergessen“ werden?
- Wurden diese Fakten der Kommunalaufsicht im Rahmen des Genehmigungsantrags zur Privatisierung der Abwasserwirtschaft mitgeteilt?
- Welche Auswirkungen hat dieser zu 8/11 durch Gebührenzahler bereits abgezahlte Kredit von fast 200 Mio. DM im Hinblick auf die Verwendung der 2006 zu verbuchenden Veräußerungserlöse?
- Wie oft darf der Stadthaushalt durch Gebühren bzw. Veräußerung von gebührenfinanziertem Vermögen und dessen Nutzungsrechten saniert werden?
- Wie und wann informiert der Oberbürgermeister die Braunschweiger über diese Tatsachen und ihre Rechte als Gebührenzahler?
- Gibt es weitere Tatbestände die der Öffentlichkeit noch nicht bekannt sind?

Möglicherweise sind alle Braunschweiger Gebührenzahler aufgrund der erst jetzt bekannt gewordenen Tatbestände gegen die nächsten Gebührenbescheide klageberechtigt.

Veranstaltung
Mittwoch 22.3.06 19.00 Uhr
Brunsviga Großer Saal
Wem gehört der Verkaufserlös der Abwasser – Privatisierung?

Wer sind Gewinner und Verlierer dieser Privatisierung?

Die Braunschweiger Gebührenzahler gehören sicher nicht zu den Gewinnern, wie die obigen Zahlen zeigen.

Wer sind offensichtlich die Gewinner?

Veolia (24 Mrd. Euro Umsatz) ist der Konzern dem jetzt die Abwasserwirtschaft gehört. Er musste keinen Euro investieren, da der Kaufpreis durch einen Bankkredit finanziert wurde, für den Gebühren verpfändet wurden. Veolia trägt kaum ein Risiko, weil alle Neuinvestitionen in den nächsten 30 Jahren ebenfalls aus einem Bankkredit finanziert werden sollen, für den ebenfalls Gebühren verpfändet werden.

Für zahlreiche andere Risiken (Zinsschwankungen, Anlageabgänge, Mehrwertsteuererhöhungen u.ä.) wurden Veolia vertraglich Millionen aus dem Kaufpreis als Risikorückstellungen zugesichert. Da das Nutzungsrecht über das Kanalnetz Veolia eine private Monopolstellung sichert, gibt es für diesen Konzern auch 30 Jahre lang keinen Wettbewerb.

Für dieses vorteilhafte Geschäft hat Veolia übrigens nur 24 Mio. Euro Kaufpreis „gezahlt“.

KPMG, 94 000 Mitarbeiter, ca. 12 Mrd. Euro Umsatz, Filialen in allen Steuerparadiesen der Welt, warum wohl? Der KPMG Konzern zahlte in Amerika gerade „freiwillig“ 465 Mio. Dollar, um Strafverfahren wegen betrügerischer Steuermodelle zu entgehen. In Deutschland hat KPMG im Fall der Firma Flowtex „freiwillig“ 100 Mio. DM an durch KPMG geschädigte Anleger gezahlt. Für die Transaktion der Privatisierung der Abwasserwirtschaft soll KPMG 3.4 Mio. Euro Honorar von der Stadt bekommen haben. Auch bei früheren Privatisierungen in Braunschweig ist KPMG federführend gewesen.

Die Bürgerinitiative fragt: Wie hoch ist die Gesamthonorarsumme an KPMG, die in den letzten 5 Jahren aus dem Stadthaushalt gezahlt wurde? Schätzungen sprechen von bis zu 20 Mio. €.

Nord LB und **Dexia Bank**, die Banken haben Kreditgeschäfte über weit mehr als 200 Mio. Euro abschließen können - ohne jedes Risiko. Die Kredite sind durch die Verpfändung der Gebühren 100%ig abgesichert, weil die Gebührenzahler abhängig von der Abwasserentsorgung sind und deshalb garantiert zahlen müssen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage:

Wurden für diese Kredite Vermittlungsprovisionen gezahlt?

Im Bankgewerbe sind Provisionen bis zu 0,25% üblich - bei einer Kreditsumme von 230 Mio. Euro wären das schon 575.000 €!

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Er wird in der bundesweiten Presse noch als besonders erfolgreicher Haushaltssanierer dargestellt: Durch Privatisierungen zur Entschuldung der Stadt. „Das Wunder von Braunschweig“ überschrieb die FAZ einen ganzseitigen Bericht. Laut Steuerzahlerbund ist die sog. Forfaitierung (Gebührenverpfändung an die Banken) der Abwasserprivatisierung aber eine verdeckte Kreditaufnahme. Das bedeutet also auch eine Verschuldung der Gebührenzahler. Nur solange diese Tatbestände unbekannt bleiben und dazu auch noch Ratsbeschlüsse „vergessen“ werden erscheinen „Wunder“ als Wirklichkeit. Nach Veröffentlichung der neuesten Tatbestände werden die Realitäten hinter diesem Wunder immer deutlicher.

Neuste Information immer unter www.unser-braunschweig.de.

Spendenkonto: BÖE , Kto 4144077, Deutsche Bank, BLZ 270 700 24

